Ekkehardt Kumbier

Schwieriger Neuanfang

Die Gründung der Fachgesellschaften für Psychiatrie und Neurologie in der DDR zwischen Autonomiebestrebung und staatlicher Ideologie

Eigenständige Fachgesellschaften spielen für die Entwicklung einzelner medizinischer Fächer eine wichtige Rolle; so etwa für das Selbstverständnis und die Suche nach der eigenen professionellen Identität.[1] Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Ereignisse in der SBZ und DDR soll gezeigt werden, wie die Fachgesellschaften ihre Aufgaben im Spannungsfeld von politischen Anforderungen und realen Gegebenheiten wahrnehmen konnten bzw. welchen Einschränkungen sie gegebenenfalls unterlagen. Dafür wird zunächst exemplarisch die Entstehungsgeschichte einer Regionalgesellschaft für Psychiatrie und Neurologie betrachtet, bevor dann auf die Gründung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR und deren Weiterentwicklung eingegangen wird.[2] Hierbei wird erstmals auch das Wirken der nach der „politischen Wende" vorübergehend existierenden Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in der DDR (DGPN Ost) untersucht, die 1990 aus der Sektion Psychiatrie der Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie der DDR hervorgegangen war.

Die Entstehung von Fachgesellschaften für Psychiatrie und Neurologie in der SBZ

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren auf Beschluss des Alliierten Kontrollrats neben anderen Organisationen zunächst auch medizinische Gesellschaften, Vereine und Standesorganisationen aufgelöst worden.[3] Das wissenschaftliche Leben, soweit im letzten Kriegsjahr überhaupt noch vorhanden, kam fast vollständig zum Erliegen. Auf Initiative der in der SBZ ansässigen Deut-

1 Vgl. Martin Guntau/Hubert Laitko, Der Ursprung der modernen Wissenschaften. Studien zur Entstehung wissenschaftlicher Disziplinen, Berlin 1987.

2 Zur Entstehung der Fachgesellschaften für Psychiatrie und Neurologie in der SBZ und DDR vgl. auch Ekkehardt Kumbier, Die Entstehung der Fachgesellschaften für Psychiatrie und Neurologie in der DDR, in: Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Nervenheilkunde 15 (2009), S. 403–422. Demnächst wird das Buch des Historikers Steffen Dörre erscheinen, der sich im Rahmen eines Forschungsauftrags der DGPPN mit den psychiatrischen Fachgesellschaften in der Bundesrepublik und der DDR und in diesem Zusammenhang mit den Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der organisierten deutschen Psychiatrie auseinandergesetzt hat. Vgl. Steffen Dörre, Zwischen NS-„Euthanasie" und Reformaufbruch. Die psychiatrischen Fachgesellschaften im geteilten Deutschland, Berlin/Heidelberg, (im Erscheinen).

3 Lothar Rohland/Horst Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR: Geschichte, Funktion und Aufgaben, Berlin 1973.

schen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (DZVG) fand eine erste Arbeitstagung der Psychiater und Neurologen vom 22. bis 23. November 1946 statt, die sich mit grundlegenden Problemen der „Organisation der Geisteskranken- und Psychopathen-Fürsorge und ihre(r) Therapie“ beschäftigte.[4] Eine zentrale Tagung der Psychiater und Neurologen in der SBZ folgte vom 27. bis 29. Mai 1948 in Berlin, an der mehr als 350 Fachvertreter aus allen Besatzungszonen teilnahmen.[5] Die DZVG forderte bald schon auch die Neugründung von medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften. Ein solcher Schritt war notwendig geworden, um den Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung in den medizinischen Fachrichtungen sicherzustellen. Der von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 21. Mai 1947 erlassene Befehl Nr. 124 über die „Organisation der deutschen wissenschaftlichen medizinischen Gesellschaften“ schuf die Voraussetzungen[6]: Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften durften und sollten an den Universitäten für die verschiedenen Fachbereiche gegründet werden. Die Kontrolle oblag der DZVG, nach Gründung der DDR 1949 dem Ministerium für Gesundheitswesen. So entstanden zwischen 1947 und 1948 die Gesellschaften für Psychiatrie und Neurologie an den Universitäten in Berlin, Greifswald/Rostock, Leipzig und Jena und ab Mitte der 1950er-Jahre auch an den neugegründeten Medizinischen Akademien in Dresden, Erfurt und Magdeburg.[7] Eine Wiedergründung ehemaliger Gesellschaften wie in den westlichen Besatzungszonen wurde hingegen abgelehnt.[8] Das in dem Befehl der SMAD für alle neu zu gründenden Fachgesellschaften verbindlich festgelegte Statut verbot in Folge der Entnazifizierungsvorschriften die Aufnahme ehemaliger aktiver NSDAP-Mitglieder. Zudem waren in dem Statut die fachlichen Aufgaben festgelegt worden. In erster Linie sollten die Fachgesellschaften dem ärztlichen Erfahrungsaustausch und der Fortbildung dienen, aber auch in die vonseiten des Staates geforderten gesundheitspolitischen Aufgaben einbezogen werden. Ziel war die Reorganisation des Gesundheitswesens und dessen „Demokratisierung“.

4 Vgl. Arne Pfau, Die Entwicklung der Universitäts-Nervenklinik (UNK) Greifswald in den Jahren 1933 bis 1955, Husum 2008.

5 Vgl. BArch DQ1-38, unpag.; Derbolowsky/Wladimir Lindenberg, Bericht über die wissenschaftliche Tagung der Psychiater und Neurologen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 1 (1949), S. 53–59.

6 Siehe zum Wortlaut des Befehls und zugehörigen Statuts auch Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, S. 266–270.

7 Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR.

8 Zur Wieder- und Neugründung der psychiatrisch-neurologischen Gesellschaften in Westdeutschland vgl. Ulrike Eisenberg, Zwischen Emanzipation und Integration: Neurologie im geteilten Deutschland (1945–1990). In: Detlef Kömpf (Hrsg.), 100 Jahre Deutsche Gesellschaft für Neurologie, Berlin 2008, S. 48–54. Hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus vgl. Hans-Walter Schmuhl, Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus, Berlin/Heidelberg 2016.

Die Regionalgesellschaften für Psychiatrie und Neurologie

Die geschilderten Aspekte sollen im Folgenden am Beispiel der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in Mecklenburg[9] näher betrachtet werden. Im genannten Befehl der SMAD war als Voraussetzung für die Gründung der medizinischen Fachgesellschaften u. a. gefordert worden, dass mindestens 25 Ärzte des betreffenden Fachgebietes vorhanden sein müssen.[10] Die Abteilung Gesundheitswesen im Ministerium für Sozialwesen der Landesregierung in Schwerin hatte Ende 1946 (Stand 28.10.1946) allerdings feststellen müssen, dass es in Mecklenburg lediglich 24 Psychiater und Neurologen gab.[11] Hinzu kam, dass ein erheblicher Teil von ihnen politisch belastet war. Ein Jahr später ergab eine erneute Umfrage, dass nunmehr 26 Fachärzte vorhanden waren. Auf Drängen des Präsidenten der DZVG, Karl Linser, und auf Initiative von Hanns Schwarz von der Universitäts-Nervenklinik Greifswald konnte sich schließlich am 6. März 1948 die Psychiatrisch-Neurologische Gesellschaft in Mecklenburg gründen. Die Bezeichnung der Fachgesellschaft sollte sich in den folgenden Jahren immer wieder ändern, so wurde sie wenig später in Psychiatrisch-neurologische Gesellschaft an der Universität Greifswald umbenannt, ab Oktober 1951 hieß sie Psychiatrisch-neurologische Gesellschaft an den Universitäten Greifswald und Rostock.[12] Die beiden zu Mecklenburg gehörigen Universitäten in Greifswald und Rostock stellten nach der Gründung die Mitglieder des Vorstands, neben dem Vorsitzenden Hanns Schwarz (Greifswald) wurde Hans Heygster[13] (Rostock) (Abb. 1) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.[14] Auf Vorschlag von Schwarz wurde in der Gründungsversammlung u. a. beschlossen, den lange Zeit in Berlin tätigen und international bekannten Psychiater und Neurologen Karl Bonhoeffer anlässlich seines 80. Geburtstages zum Ehrenmitglied der Gesellschaft zu ernennen. Das überrascht nicht, gehörte doch Hanns Schwarz neben den ebenfalls in der DDR verbliebenen Johannes Suck-

9 Vgl. Ekkehardt Kumbier, Fachgesellschaft zwischen Autonomie und staatlicher Ideologie – Die Gründung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in Mecklenburg, in: Fortschritte der Neurologie Psychiatrie 84 (2016), S. 98–100.

10 Vgl. Pfau, Die Entwicklung der Universitäts-Nervenklinik (UNK) Greifswald in den Jahren 1933 bis 1955.

11 BArch DQ1-0146, Bl. 358.

12 Vgl. Hanns Schwarz, Jedes Leben ist ein Roman. Erinnerungen eines Arztes, 2. Aufl., Berlin 1977, S. 395. Eine weitere Umbenennung in Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der Nordbezirke folgte, da die Fachgesellschaft für die nördlichen Bezirke der DDR Rostock, Schwerin und Neubrandenburg (ehemals Mecklenburg) zuständig war und erneut 1990 in Gesellschaft für Nervenheilkunde des Landes Mecklenburg-Vorpommern e.V.

13 Heygster verließ bereits 1953 die DDR infolge der zweiten Hochschulreform, die die Universitäten in ihrer Autonomie und in ihrem Einflussbereich massiv beschränkt hatte, vgl. Ekkehardt Kumbier/Kathleen Haack, Sozialistische Hochschulpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Das Beispiel Hans Heygster an der Universitäts-Nervenklinik Rostock, in: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen 30 (2011), S. 139–162.

14 Wladimir Lindenberg, Bericht über die Gründungsversammlung der Psychiatrisch-Neurologischen Gesellschaft in Mecklenburg, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 1 (1949), S. 93–95; BArch DQ1-0308, unpag; Pfau, Die Entwicklung der Universitäts-Nervenklinik (UNK) Greifswald in den Jahren 1933 bis 1955.

Abb. 1: Der stellvertretende Vorsitzende der Psychiatrisch-Neurologischen Gesellschaft in Mecklenburg Hans Heygster (1905–1961) im Jahr 1957.

Herrn Dr. Koch.

Ist d. Tagung rechtzeitig bei uns angemeldet worden?

Einladung

zu der

II. LANDESTAGUNG

(X. Sitzung)

der

Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an den Universitäten Greifswald und Rostock

am Sonnabend, den 7. Juni 1952, vorm. 10 Uhr

und

am Sonntag, den 8. Juni 1952, vorm. 9 Uhr

im Hörsaal der Universitäts-Frauenklinik Rostock

Abb. 2: Einladung zur Tagung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an den Universitäten Greifswald und Rostock 1952 in Rostock mit dem handschriftlichen Vermerk aus dem Ministerium für Gesundheitswesen: „Ist die Tagung rechtzeitig bei uns angemeldet worden?"

ow (Dresden) und Dietfried Müller-Hegemann (Leipzig) der sogenannten Zweiten Berliner Schule an und zählte somit zu den Schülern Karl Bonhoeffers.[15] Bereits kurze Zeit später fanden am 3. Juli 1948 die nächste Sitzung in der Universitäts-Nervenklinik Rostock und am 30. Oktober 1948 die dritte Sitzung wieder in Greifswald statt.[16] Der kurze zeitliche Abstand zeigt die Notwendigkeit konstituierender Treffen, aber auch das Bedürfnis nach wissenschaftlichem und kollegialem Austausch in dieser Zeit, in der es sonst kaum Alternativen gab. In diesem Sinne äußerte sich auch Schwarz, dass neben der „Pflege der Kollegialität" gleichberechtigt „Forschung und Fortbildung […] als Spiegel des Fortschritts der medizinischen Wissenschaft auch für unsere Programmgestaltung maßgebend sein [mögen]".[17]

15 Vgl. Klaus-Jürgen Neumärker, Bonhoeffer und seine Schüler – Spannungsfeld zwischen Neurologie und Psychiatrie, in: Bernd Holdorff/Rolf Winau (Hrsg.), Geschichte der Neurologie in Berlin, Berlin/New York 2001, S. 175–192.

16 [Anonym], Bericht über die zweite Sitzung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in Mecklenburg, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 1 (1949), S. 157–159; [Anonym], Bericht über die dritte Sitzung der Psychiatrisch-Neurologischen Gesellschaft an der Universität Greifswald, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 1 (1949), S. 349–351.

17 Ebd., S. 349.

Es nahmen aber nicht nur Neurologen und Psychiater teil, sondern es sprachen auch Ärzte aus anderen Disziplinen wie der Greifswalder Internist Gerhardt Katsch oder der Rostocker Physiologe Kurt Wacholder über fachübergreifende Themen. Die Sitzungen fanden anfangs halbjährlich abwechselnd in Greifswald und Rostock, später jährlich und auch in den Fachkrankenhäusern in Schwerin und Ueckermünde statt. Neben diesen Tagungen (Sitzungen) wurden in größeren zeitlichen Abständen auch sogenannte Landestagungen (Abb. 2) organisiert, so etwa 1949, 1952 und 1956.[18] Die Berichte mit den Zusammenfassungen der Referate erschienen anfangs in der Zeitschrift *Das Deutsche Gesundheitswesen* und ab 1949 in der neugegründeten Zeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie*.[19] Die inhaltliche Gestaltung der Tagungen lässt zweierlei erkennen: Erstens kamen regelmäßig Referenten aus anderen Ländern (ab 1952 Bezirken) der DDR und bis Ende der 1950er-Jahre auch aus der BRD. Zweitens prägten die Mitarbeiter der beiden Universitätsnervenkliniken die inhaltliche Gestaltung der Programme, die hier vor allem ihre Forschungsergebnisse vorstellen konnten. Hinzu kamen aber auch klinische Fallvorstellungen. Das entsprach der an die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften gestellten Forderung nach ärztlicher Fortbildung.[20] Die Fachgesellschaft ermöglichte somit nicht nur den engen Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Universitätskliniken, sondern auch mit den Anstalten und niedergelassenen Fachärzten. Die vonseiten des Ministeriums für Gesundheitswesen geforderten gesundheitspolitischen Themen wurden hingegen kaum berücksichtigt und zum politischen Geschehen in der Regel nicht Stellung genommen. Das entsprach ihrem Selbstverständnis, denn sahen sie sich doch in erster Linie als wissenschaftliche Fachgesellschaften.[21] Auch die Verbrechen an psychisch kranken Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus wurden nicht thematisiert und eine Auseinandersetzung vermieden. Dabei waren einige Mitglieder aktiv an den Patientenmorden beteiligt gewesen, so etwa Wilhelm Bender. Seit 1946 Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Ueckermünde, war Bender von 1934 bis 1940 Direktor der Anstalt Berlin-Buch und hatte 1939 an der Besprechung zur Planung der Krankenmorde im Rahmen der „Euthanasie“ teilgenommen. Zudem war er wesentlich mitverantwortlich für die Tötung von jüdischen Patienten in Berlin.[22] Inwieweit die zuständigen Behörden in Mecklenburg zu dieser Zeit davon wussten, bleibt nach derzeitigem Kenntnisstand unklar.

18 Vgl. Pfau, Die Entwicklung, S. 114–123.

19 Vgl. Marie Teitge/Ekkehardt Kumbier, Zur Geschichte der DDR-Fachzeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie (1949–1990), in: Nervenarzt 86 (2015), S. 614–623.

20 Vgl. Alexander Mette, Die Bedeutung der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften für die Fortbildung der Ärzte, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 5 (1950), S. 1123–1127.

21 Vgl. Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“: Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster/New York/München, 1997, insbesondere S. 73–77.

22 Vgl. Heike Bernhardt, Anstaltspsychiatrie und „Euthanasie“ in Pommern 1939 bis 1945: die Krankenmorde an Kindern und Erwachsenen am Beispiel der Landesheilanstalt Ueckermünde, Frankfurt am Main 1994; https://www.wuhletal.de/buch/wuhlgarten_t4.html (Zugriff: 16.05.2020).

Die Mitgliederzahl der Fachgesellschaft blieb auch in den folgenden Jahren niedrig. 1950 hatte die Gesellschaft lediglich 22 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte der NSDAP angehört hatte.[23] Das zeigt zugleich, dass die geforderte Überprüfung ehemaliger aktiver NSDAP-Mitglieder faktisch nicht stattfand. Auch 1953 konnte der Sekretär der Gesellschaft Karl-Heinz Elsaesser dem Ministerium für Gesundheitswesen gegenüber nur eine Mitgliederzahl von 26 angeben (Stand 8.10.1953) und der Vorsitzende Hanns Schwarz hielt in einem Schreiben vom 8. Juni 1957 an das Ministerium fest: „Die Mitgliederzahl bewegt sich durchschnittlich um 25 herum".[24]

Neben der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an der Universität(en) Greifswald (und Rostock) waren in den Jahren 1947 und 1948 weitere Regionalgesellschaften entstanden: die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Berlin (Vorsitzender Rudolf Thiele), die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Jena (Vorsitzender Rudolf Lemke), die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Leipzig (Vorsitzender Richard Arwed Pfeifer) und die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Innere Medizin, Neurologie, Kinderheilkunde und Grenzgebiete im Lande Sachsen-Anhalt.[25] Diese existierten über das gesamte Bestehen der DDR und sind teilweise bis heute aktiv. Zu Beginn der 1980er-Jahre werden als regionale Gesellschaften die Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie an der Medizinischen Akademie Dresden, die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Thüringer Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, die Leipziger Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der Nordbezirke und die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie an der Medizinischen Akademie Magdeburg aufgeführt.[26]

Versuch der staatlichen Einflussnahme auf die Fachgesellschaften

Der Einfluss der Landesregierungen (ab 1952 jeweils der Rat des Bezirkes) und des Ministeriums für Gesundheitswesen blieb in den Regionalgesellschaften zunächst gering. Die Fachgesellschaften nutzten den ungewöhnlichen Freiraum, konnten die staatlichen Restriktionen meist umgehen und

23 Vgl. Pfau, Die Entwicklung.

24 Vgl. BArch DQ1-2661, unpag.

25 Eine Auflistung der bis zum 1. Januar 1950 in der SBZ bzw. DDR auf der Grundlage des Befehls Nr. 124 der SMAD gebildeten medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften findet sich in Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, S. 271–272.

26 Zur Organisationsstruktur der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR (Stand 1. August 1981) vgl. Generalsekretariat der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften beim Ministerium für Gesundheitswesen der DDR (Hrsg.), Verzeichnis der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, Berlin 1981, hier S. 34.

hielten insbesondere den Austausch in Richtung Westen aufrecht.[27] Das schloss den regelmäßigen Kontakt zu westdeutschen Wissenschaftlern mit Einladungen zu Vorträgen ein. Dennoch wurde dieses Agieren staatlicherseits sehr wohl wahrgenommen. Kritisch äußerte sich beispielsweise Kurt Winter, einer der führenden Gesundheitspolitiker der DDR, dass bis 1961 „auf dem Gebiete der Medizin wie auf kaum einem anderen ein Kontakt mit Westdeutschland bestand".[28] Dies entsprach nicht den Vorstellungen des Ministeriums für Gesundheitswesen, welches die inhaltliche wie organisatorische Autonomie der Fachgesellschaften zunehmend einschränken wollte. Stärker als bisher sollten diese der zentralen Kontrolle durch das Ministerium unterliegen. Zu Beginn der 1950er-Jahre hatte das Ministerium für Gesundheitswesen deshalb begonnen, einen Plan zur Reorganisation der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften zu erarbeiten. Ziel waren nach eigenem Bekunden, die Eigenständigkeit der Gesellschaften einzuschränken. Die Arbeit der Vorstände sollte stärker überwacht werden, indem u. a. neu gewählte Vorstandsmitglieder überprüft und deren Wahl zentral in Berlin bestätigt werden musste.[29] Auch wenn weiterhin Fachvertreter aus der BRD zu Vorträgen kamen, musste ihre Teilnahme, wie auch das Programm zumindest der Landestagungen, angemeldet und vom Ministerium für Gesundheitswesen genehmigt werden. Das betraf auch Teilnehmer aus anderen Ländern, die nicht dem „Ostblock" angehörten. So musste beispielsweise die Einreise des bekannten Psychiaters Max Müller aus der Schweiz zu einer Tagung der Medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie, die im Oktober 1955 in Jena stattfinden sollte, erst vom Ministerium bewilligt werden. Das ging soweit, dass selbst der für die Einreise in die DDR benutzte Wagentyp mit Leergewicht, Fahrgestell- und Motornummer angegeben werden musste.[30] Diese Reglementierungen erschwerten die Arbeit der Gesellschaften und isolierten sie gegen Ende der 1950er-Jahre gegenüber den westdeutschen Kollegen immer mehr. Dabei hatte der Austausch mit den westdeutschen Fachvertreten aufgrund der gemeinsamen Tradition und aus Mangel an Alternativen eine wichtige Rolle gespielt. Auch Möglichkeiten des internationalen Austausches, die umgekehrt während eines Besuchs bei Kongressen in der BRD bestanden, waren bei den in der DDR stattfindenden Veranstaltungen kaum noch möglich.

Das Problem war offensichtlich auch den politischen Akteuren bewusst, denn der länderübergreifende Erfahrungsaustausch sollte gezielt gefördert werden, wenn auch in eine andere Richtung. Während einer Konferenz der Minister für Gesundheitswesen der sozialistischen Ländern 1958 in Prag war dafür eigens eine Kommission gebildet worden.[31] Noch im gleichen

27 Vgl. Ernst, Die beste Prophylaxe.

28 Kurt Winter, Ideologische und theoretische Fragen der Medizin, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 4 (1963), S. 349–352, hier S. 349.

29 Vgl. BArch DQ1-4757, unpag.

30 Vgl. BArch DQ1-2661, unpag.

31 Zur internationalen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern vgl. Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, S. 211–228.

Jahr traf sich diese erstmals in Berlin und plante die Organisation gemeinsamer wissenschaftlicher Tagungen und Fortbildungen. Im Ergebnis fand beispielsweise vom 17. bis 19. Oktober 1959 das „Jenenser EEG-Symposium" statt. Als Mitveranstalter fungierte das Ministerium für Gesundheitswesen. Die wissenschaftliche Leitung hatten der Vorsitzende der Medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in Jena, Hugo von Keyserlingk, und der Vorsitzende des EEG-Arbeitskreises in der DDR, Georg Merrem (Leipzig), übernommen.[32] Ein Blick auf das Teilnehmerverzeichnis verdeutlicht, dass versucht worden war, dem Bedürfnis nach internationalem Austausch nachzukommen.[33] Demnach kam von den insgesamt 124 Teilnehmern der überwiegende Teil (88) erwartungsgemäß aus der DDR, doch von den immerhin 36 ausländischen Teilnehmern kamen neben den 17 Referenten bzw. Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern vergleichbar viele aus Westdeutschland (18) und Österreich (1). Insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass über die Beteiligung ausländischer Fachvertreter an wissenschaftlichen Veranstaltungen und insbesondere medizinischen Kongressen, Tagungen usw. in der DDR und speziell im Zusammenhang mit den Fachgebieten der Neurologie und Psychiatrie bisher noch wenig bekannt ist.

Die Entstehung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie (in) der DDR

In den 1950er-Jahren strebten einige der regionalen Fachgesellschaften in der DDR einen Zusammenschluss in sogenannten Mitteldeutschen Gesellschaften an. Sie wollten dadurch zum einen leistungsfähiger werden und zum anderen die Möglichkeit offenhalten, sich in die wiedergegründeten gesamtdeutschen Gesellschaften mit Sitz in Westdeutschland integrieren zu können. Diese verstanden sich als legitime Nachfolgeorganisationen der bislang existierenden renommierten Fachgesellschaften und beanspruchten nach ihrer Wiedergründung nunmehr auch die gesamtdeutsche Interessenvertretung.[34] So hatte sich in der BRD im Juni 1954 auch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie (DGPN) wiedergegründet, die sich als Nachfolgeorganisation des Deutschen Vereins der Psychiatrie sah. In einem Schreiben an alle Nervenärzte informierten die beiden Vorsitzenden Jörg Zutt und Werner Villinger zunächst über die Notwendigkeit der Wiedergründung der Fachgesellschaft als DGPN. Im Weiteren kündigten sie an, dass die GDNP „als Dachorganisation die nunmehr bestehenden wissenschaftlichen Fachgesellschaften auf dem Gebiet der Nervenheilkunde korperativ zusammenfassen"[35] werde. Wahrscheinlich in Reaktion darauf und mit Bezug auf einen entsprechenden Beschluss des Ministerrates

32 Vgl. Roland Werner (Hrsg.), Jenenser EEG-Symposium. 30 Jahre Elektroenzephalographie, Berlin 1963.
33 Ebd., S. 245–247.
34 Vgl. Ernst, Die beste Prophylaxe.
35 BArch DQ1-2661, unpag.

der DDR vom 8. Juli 1954 hatte das Ministerium für Gesundheitswesen zu Beginn des Jahres 1955 den Vorständen der Regionalgesellschaften den Vorschlag unterbreitet, „ein Gremium zu bilden, das in der Lage wäre, die Interessen der einzelnen örtlichen Gesellschaften […] wahrzunehmen“.[36] Das lässt die Absicht erkennen, die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften stärker als bisher unter die einheitliche Kontrolle des Ministeriums zu bringen und zugleich als Fachgesellschaften der DDR zu deklarieren. Zwar vermied das Ministerium die offene Abgrenzung gegenüber den westdeutschen Gesellschaften, doch drängte es nach der Gründung der DDR auf die Bildung von Dachverbänden und nahm auch die Bildung eigener nationaler Fachgesellschaften in den Blick.[37] Die Organisation in Dachgesellschaften hätte den zunehmenden Verlust der Eigenständigkeit der einzelnen Fachgesellschaften bedeutet, auch wenn das von staatlicher Seite anders dargestellt wurde. So hatte das Ministerium für Gesundheitswesen den Plan, eine einheitliche Medizinische Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu gründen, in der die einzelnen Fachdisziplinen als Sektionen vertreten sein sollten, so auch mit einer Sektion für Psychiatrie und Neurologie. Die bestehenden regionalen Gesellschaften wären dann als Untersektionen integriert und ihnen die Möglichkeit gegeben worden, sich zu nationalen Vereinigungen (Sektionen) zusammenzuschließen. Der Plan scheiterte jedoch maßgeblich am Widerstand der bestehenden Fachgesellschaften.[38] Das Vorgehen zeigt deutlich die Intentionen, einen erweiterten Einfluss von Staat und Politik auf die Wissenschaft zu erhalten, tendenziell zu manifestieren und die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften im Ringen um internationale Anerkennung der DDR an sich zu binden. In den internationalen Fachvereinigungen waren nämlich bis dato allein die westdeutschen Fachgesellschaften vertreten, zu denen nun DDR-Gesellschaften in Konkurrenz treten sollten. Diese politisch motivierte Bestrebung lehnten die Regionalgesellschaften ab. Was folgte war ein zähes Ringen: Das Ministerium wies Anträge auf Gründung eigener überregionaler Organisationen zurück. Die Vorstände der regionalen medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften verweigerten sich ihrerseits der „nationalen“ Variante mit der Begründung, dass damit die spätere Vereinigung mit den westdeutschen Organisationen erschwert werden würde.[39] Man brauchte sich aber gegenseitig für die Sicherstellung der ärztlichen Fortbildung und den wissenschaftlichen Austausch, die auf regionaler Ebene nur begrenzt möglich und wofür die Organisation und Durchführung von überregionalen Tagungen umso wichtiger waren. Schließlich fand sich eine Lösung mit Kompromissen: Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 11. April 1956 gemeinsam beschlossen, die Regionalgesellschaften zu einer DDR-Gesellschaft zusammenzuführen. Die Grundlage dafür bildete der genannte Beschluss des Ministerrates. Die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie entstand

36 Ebd., unpag.
37 Vgl. hierzu Ernst, Die beste Prophylaxe, S. 76.
38 Vgl. Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, S. 70.
39 Vgl. Erich Koch, Charakter und Aufgaben der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften in der DDR, in: Das Hochschulwesen 5 (1957), S. 547–550.

als eine von insgesamt sechs nationalen medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften in der DDR, die zwischen 1956 und 1959 gegründet wurden. Dabei wurde ausdrücklich betont, dass die Eigenständigkeit der regionalen Gesellschaften bestehen bleibt.[40] Auch setzte die Mitgliedschaft in der DDR-Gesellschaft zugleich die Mitgliedschaft in einer Regionalgesellschaft voraus. Die im Ringen um die Gründung der DDR-Gesellschaft ausgehandelten Kompromisse betrafen auch die Festlegung des Namens. Durch die Verwendung des Begriffs „in der DDR" sollte ausgedrückt werden, dass die Mitglieder der Gesellschaft entgegen der staatlichen Intention nicht an einer Abgrenzung von der westdeutschen Fachgesellschaft interessiert waren.[41] Vielmehr beschlossen die Vorsitzenden der regionalen Gesellschaften, „sogleich Verbindung mit der Gesellschaft deutscher Nervenärzte, insbesondere Herrn Prof. Tönnis und Herrn Prof. Villinger, aufzunehmen mit dem Ziel, einen Beitritt der DDR-Gesellschaft zur Gesellschaft deutscher Nervenärzte zu erreichen".[42]

Zum ersten Vorsitzenden der DDR-Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie wurde Rudolf Lemke gewählt. Er war gleichzeitig Vorsitzender der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaft in Jena. Da Lemke aber schon ein Jahr später verstarb, folgte ihm Karl Leonhard. Dem Vorstand[43] der DDR-Gesellschaft gehörten neben Lemke und Leonhard ebenso die anderen Vorsitzenden der Regionalgesellschaften, Rudolf Thiele (Berlin), Hanns Schwarz (Greifswald), Franz Günther von Stockert (Rostock), Karl Pönitz (Halle), Dietfried Müller-Hegemann (Leipzig) und Heinrich Stoltenhoff (Arnsdorf bei Dresden), an.[44] Hinzu kamen als Vertreter des Ministeriums für Gesundheitswesen Alexander Mette sowie Helmuth Grage (Dresden), weiterhin Johannes Suckow (Dresden) und F. Weigelt.[45] Der Nervenarzt und Psychoanalytiker Alexander Mette bekleidete zugleich zahlreiche hochrangige politische Ämter und wurde in den 1950er-Jahren u. a. Mitglied der Volkskammer der DDR, Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen und Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED.[46] Zudem war er später auch als Vorstandsmitglied in der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR aktiv. Mette propagierte als Mitglied der Staatlichen Pawlow-Kommission ein auf der Lehre Iwan Petro-

40 Vgl. Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR.

41 Vgl. ebd., hier S. 86. Interessanterweise änderte sich später die Bezeichnung doch in Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, wobei noch untersucht werden muss, wann und auf wessen Initiative hin die Umbenennung erfolgte.

42 BArch DQ1-2661, unpag.

43 Traditionell versammelten sich in den Vorständen der Gesellschaften wissenschaftlich anerkannte Fachvertreter, die häufig auch in anderen in- und ausländischen Fachgesellschaften oder wissenschaftlichen Vereinigungen saßen. So war es auch in den psychiatrisch-neurologischen Gesellschaften. Da es der DDR auch um die internationale Repräsentanz ging, konnte sie auf diese Vorstandsmitglieder zumeist nicht verzichten.

44 [Anonym], Ereignisse/Mitteilungen, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 8 (1956), S. 159.

45 Ebd., S. 354.

46 BStU, MfS, AIM, Nr. 2180/91. A. Mette.

witsch Pawlows beruhendes Psychiatrieverständnis[47] und sorgte auch als Mitherausgeber der Zeitschrift für *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie* dort zumindest vorübergehend für die einseitige Rezeption von Pawlows Lehren.[48] Wie Mette hatte auch Müller-Hegemann zahlreiche Funktionen in Politik und Wissenschaft inne. Zeitweise war er Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen und von 1952 bis 1954 Bezirkstagsabgeordneter in Leipzig und Mitglied der SED-Kreisleitung Leipzig.[49] 1957 erhielt er das Ordinariat für Psychiatrie und Neurologie der Universitätsnervenklinik Leipzig, das er bis 1964 innehatte. Ebenso war Müller-Hegemann einer der Mitbegründer der 1961 ins Leben gerufenen Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR und wurde deren erster Vorsitzender. Auch er hatte sich wie Mette von den Theorien der Psychoanalyse abgewendet, aus den Lehren Pawlows die sogenannte „rationale Psychotherapie" abgeleitet und die Pawlowsche Schlaftherapie begründet. Der Redaktion der Zeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie* gehörte er seit 1959 als Mitherausgeber an, schied dort allerdings nach seinem Weggang aus der DDR 1971 aus.

Die erste Tagung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR fand vom 1. bis 3. November 1956 in Dresden statt.[50] Am ersten Tag stand das Thema „Aphasie-Probleme", am zweiten die „Sprachprobleme in der Psychiatrie" und am dritten die „Therapie der Psychosen" im Mittelpunkt. Die wissenschaftliche Leitung lag in den Händen von Rudolf Lemke, der während der Tagung auch zum ersten Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt wurde. Die Referenten kamen aus beiden Teilen Deutschlands und zum Teil auch aus dem Ausland wie z. B. aus Rumänien und Frankreich. Thiele verwies in seinem einleitenden Referat ausdrücklich auf den wissenschaftlichen Beitrag Pawlows: „Uns allen ist bekannt geworden – wenn wir wohl auch nicht alle schon im einzelnen darüber unterrichtet sein dürften –, daß in den letzten Jahren auf dem Boden der Pawlowschen Physiologie der höheren Nerventätigkeit ganz neue Aspekte auch für die Erforschung der aphasischen und ihnen verwandten Phänomene sich ergeben haben".[51] Da er sich mit der Thematik Aphasie und somit auch den wissenschaftlichen Vorarbeiten sehr gut auskannte[52], scheint der Hinweis auf das fehlende Wissen um Pawlows Leistung am ehesten dem zu dieser Zeit in der DDR auf

47 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Steffen Dörre in diesem Buch über den Pawlowismus in der frühen DDR im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Ideologie.

48 Vgl. Teitge/Kumbier, Zur Geschichte der DDR-Fachzeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie (1949–1990).

49 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Holger Steinberg in diesem Buch über die Karriere von Müller-Hegemann als Beispiel eines politisch gewollten Auf- und Abstiegs in der DDR.

50 [Anonym], Ereignisse/Mitteilungen, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 8 (1956), S. 354; Rudolf Lemke, Bericht über die 1. Tagung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR vom 1. bis 3. November 1956 in Dresden, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 9 (1957), S. 146–160.

51 Ebd., S. 146.

52 Thiele hatte dazu bereits einen Beitrag in Bumkes Handbuch der Geisteskrankheiten veröffentlicht, vgl. Rudolf Thiele, Aphasie, Apraxie, Agnosie, in: Oswald Bumke (Hrsg.), Handbuch der Geisteskrankheiten, Berlin 1928, Band 2, Teil 2, S. 243–365.

seinem Höhepunkt angelangten Pawlowismus geschuldet zu sein. In diesem Zusammenhang waren die Werke Pawlows unter ideologischen Gesichtspunkten einseitig propagiert und die Errungenschaften der sowjetischen Psychiatrie und Neurologie herausgestellt worden.

Die Rolle der Fachgesellschaft an der Schnittstelle zwischen Politik und Realität

Mit dem Erstarken des Führungsanspruchs der SED nach der Staatsgründung der DDR im Jahre 1949 war eine Neuausrichtung der Wissenschaft propagiert worden, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus fußen sollte.[53] Wie schon in der Sowjetunion wurde die „Lehre der höheren Nerventätigkeit" des russisch-sowjetischen Physiologen und Nobelpreisträgers Pawlow für die Bereiche der Medizin und Psychologie instrumentalisiert, indem sie mit den Anschauungen des dialektischen Materialismus in einen inhaltlichen Zusammenhang gestellt wurde.[54] In den 1950er-Jahren versuchten Staat und Partei somit auch die inhaltliche Ausrichtung des Fachgebiets Neurologie und Psychiatrie zu beeinflussen. Das zeigt sich beispielsweise in der ersten Dekade des Erscheinens der Fachzeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie*, in der sich in den Fachbeiträgen ein erkennbarer Bezug zum Pawlowismus findet. Als vorübergehendes Phänomen war dessen Durchschlagskraft aber begrenzt und trotz der offiziellen Propaganda hatte die Lehre Pawlows die inhaltliche Ausrichtung der wissenschaftlichen Sitzungen der Fachgesellschaften kaum mitbestimmt. Die Auswertung der Sitzungsthemen der Ost-Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie ergab zum Beispiel, dass diese nicht von der offiziellen politischen Propaganda beeinflusst wurden.[55] Das dürfte auch für andere Regionalgesellschaften zutreffen, wenngleich Untersuchungen diesbezüglich fehlen. Von besonderem Interesse könnte hierbei allerdings die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Leipzig unter Vorsitz von Müller-Hegemann[56] sein. Als vehementer Vertreter der Pawlowschen Lehre fand unter seiner Verantwortung 1953 in Leipzig die sogenannte Pawlow-Tagung statt, auf der die praktische und wissenschaftliche Tätigkeit in der gesamten Medizin auf die Lehre Pawlows ausgerichtet werden sollte, also nicht nur in der Psychotherapie, Psychiatrie

53 Vgl. Andreas Malycha, Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hrsg.), Reformzeiten und Wissenschaft, Leipzig 2005, S. 181–205.

54 Vgl. Stefan Busse, „Von der Sowjetwissenschaft lernen": Pawlowismus und Psychologie, in: Psychologie und Geschichte 8 (1998), S. 150–173; Ernst, Die beste Prophylaxe, S. 308–332.

55 Vgl. Katja Angelika Thomas, Die Berliner Gesellschaften für Psychiatrie und Neurologie in Ost- und Westberlin (1947–1991): Ein Vergleich ihrer Tätigkeit, Dissertationsschrift, Medizinische Fakultät der Charité der Humboldt-Universität zu Berlin 2002.

56 Müller-Hegemann war noch vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten Mitglied im Kommunistischen Jugendverband und später der KPD geworden. So schien er geradezu prädestiniert zu sein, die neue sozialistische Wissenschaft in der DDR mit aufzubauen, vgl. hierzu auch den Beitrag von Holger Steinberg.

und Neurologie. Wie im Zusammenhang mit der ideologischen Propagierung der Pawlowschen Lehre tatsächlich versucht wurde, die Gestaltung eines Tagungsprogramms zu dominieren, soll das nachfolgende Beispiel verdeutlichen. Wie zuvor schon beschrieben, hatte das Ministerium für Gesundheitswesen auf zentraler Ebene die organisatorische und politische Verantwortung sowohl für die fachliche Fortbildung als auch für die Kongresse. Dabei war es bei der wissenschaftlichen Leitung und inhaltlichen Ausgestaltung auf die medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften angewiesen. Diese wiederum konnten überregionale Tagungen nur unter der Regie des Ministeriums für Gesundheitswesen veranstalten. Das Ministerium versuchte seit 1951 verstärkt Einfluss auf den Inhalt zumindest der überregionalen Tagungen zu nehmen. Die Programme und Referenten mussten aber nicht nur mit dem Ministerium abgestimmt werden, sondern bedurften auch der Bestätigung durch das ZK der SED. Das betraf auch die zentrale Tagung der Neurologen und Psychiater, die im April 1951 in Berlin stattfinden sollte. Die Referate zu den vorgesehenen Themen wurden zunächst zugelassen. Der letzte Tag stand unter der Überschrift „Zur somatologischen Fundierung der Psychosen". Dazu bemerkte das Ministerium für Gesundheitswesen in einem Schreiben vom 4. April 1951 an das ZK der SED: „Im übrigen sollen die körperlichen Grundlagen geistiger Erkrankungen behandelt werden, im bewußten Gegensatz zum Westen, wo es umgekehrt jetzt an der Tagesordnung ist, die seelischen Grundlagen körperlicher Erkrankungen als die entscheidenden hinzustellen, derart, daß schließlich vom Körperlichen nichts mehr übrig bleibt."[57] Dieser Hinweis zeigt, wie die Erklärung möglicher Ursachen für die Entstehung psychischer Erkrankungen in Übereinstimmung mit der politischen Ideologie gebracht werden sollte, in bewusster Abgrenzung zu einem anthropologischen Erklärungsansatz, der den Menschen mit seinen biografischen und sozialen Bezügen in den Mittelpunkt stellte und der zu dieser Zeit in der BRD eine wichtige Rolle für die Veränderungen in der Psychiatrie der späten 1950er und frühen 1960er-Jahre spielte.[58] In der DDR wurden biologische Erklärungsansätze überbetont, soziale und gesellschaftliche Einflüsse hingegen negiert und damit auch die gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeblendet. Obwohl zuvor mit den teilnehmenden SED-Mitgliedern Mette, Müller-Hegemann u. a. die „erforderlichen Diskussionsbemerkungen festgelegt worden" [59] waren, reichte das dem ZK der SED aber keineswegs aus. Als man im Ministerium für Gesundheitswesen der völligen Umstellung des Programms mit einem grundsätzlichen Pawlow-Referat nicht zustimmte, wurde der Kongress

57 BArch SAPMO DY30 Nr. IV/2/19/42, unpag.

58 Vgl. Ekkehardt Kumbier/Kathleen Haack/Paul Hoff, Soziale Psychiatrie: Historische Aspekte ihrer Entwicklung in Deutschland und in der Schweiz, in: Wulf Rössler/Wolfram Kawohl (Hrsg.), Soziale Psychiatrie: das Handbuch für die psychosoziale Praxis (Bd. 1). Stuttgart 2015, S. 34–46, und insbesondere Samuel Thoma, „Der Mensch ist dazu gemacht, das Menschliche zu ergründen." Zur konzeptuellen Bedeutung der phänomenologisch-anthropologischen Psychiatrie im Vorfeld der westdeutschen Psychiatriereform, in: Medizinhistorisches Journal 54 (2019), S. 209–240.

59 Ebd.

kurzfristig mit der Begründung abgesagt, dass „Programmgestaltung und Referentenauswahl dazu angetan waren, den Kongreß zur Tribüne der imperialistischen Ideologie werden zu lassen.“[60] Hier zeigt sich, wie das Wirken der Fachgesellschaften in diesem ideologisch aufgeladenen Spannungsfeld zwischen gesellschaftspolitischen und an der Realität ausgerichteten Erfordernissen schnell an Grenzen stoßen konnte.

Die Einflussnahme des Ministeriums für Gesundheitswesen verstärkte sich ab 1969 mit der Einrichtung eines Generalsekretariats der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften und eines Koordinierungsrates noch einmal.[61] Deren Aufgabe war es, die Planung der Tagungen und letztlich auch die Tätigkeit der Fachgesellschaften zu kontrollieren. Das schloss weiterhin die Auswahl der Referenten und Beiträge ein, die Einladung vor allem internationaler Teilnehmer sowie die Veröffentlichungen, aber auch die Auswahl der Vorstandsmitglieder. Dass offensichtlich die ideologischen Vorgaben von den Fachgesellschaften nicht im gewünschten Maße umgesetzt worden waren, zeigte sich an der Kritik der Staatspartei SED zu Beginn der 1970er-Jahre. Für die Fachbereiche der Psychiatrie und Neurologie war in dieser Hinsicht eine Konferenz richtungsweisend, die vom 8. bis 9. Februar 1971 in der Sonderschule des ZK der SED in Brandenburg stattfand.[62] Anlass für die Einberufung der Konferenz waren „ernste Mängel, insbesondere in der Weiterentwicklung der ideologischen Grundlagen des psychiatrischen Fachgebietes in der DDR“, die das Politbüro in seiner Analyse über die Situation im Gesundheitswesen festgestellt hatte. Im Zentrum der Kritik standen die „Arbeit der wissenschaftlichen Leitung […] der Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie und insbesondere wiederum deren Vorstand sowie die Herausgeber […] der Fachzeitschrift“. Den führenden Fachvertretern wurde eine „mangelnde marxistisch-leninistische Fundierung der Forschung“ vorgeworfen. Außerdem hätten sie „idealistische Konzepte verbreitet sowie eine ‚gesamtdeutsche Psychiatrie’ ohne Nationalstolz“ vertreten. Besonders wurde Müller-Hegemann angegriffen, der kurz darauf die DDR verließ und die Konferenz rückblickend als Auftakt neuerlicher „staatliche[r] Ideologisierung“ beschrieb.[63] In der Folge der genannten politischen Vorgaben kam es auch in der Redaktion der Fachzeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie* zu personellen Veränderungen. Da die Zeitschrift das Mitteilungsorgan der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und später auch der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR (Abb. 3) war, wurden hier regelmäßig die Tagungsberichte und Kongressbeiträge wie überhaupt Mitteilungen der Gesellschaft veröffentlicht.[64] Die hauptver-

60 Zit. nach Pfau, Die Entwicklung, S. 121.

61 Vgl. Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR.

62 Vgl. Sonja Süß, Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1998.

63 Vgl. BStU, MfS, AP, Nr. 33.192/92, hier Bl. 83.

64 Die Zeitschrift erschien von 1949 bis 1990 und war von Alexander Mette und Karl Bonhoeffer begründet worden. Bonhoeffer begrüßte als ehemaliger Herausgeber der Monatsschrift für Psychiatrie und Neurologie die Gründung der neuen Fachzeitschrift, verstarb aber noch vor Erscheinen der ersten Ausgabe, vgl. Karl Bonhoeffer, Einführung, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 1 (1949), S. 1–2; vgl. zur Entstehungsgeschichte der Fachzeit-

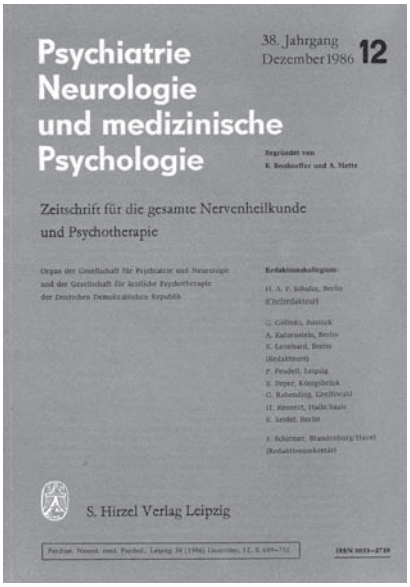

Abb. 3: Titelblatt aus dem Jahr 1986 der *Zeitschrift für Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie*, dem Mitteilungsorgan der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR.

antwortlichen Redakteure agierten somit immer auch an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft.[65] Eine Arbeitsgruppe, der neben dem Leiter des Generalsekretariats der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften Lothar Rohland noch Christa Kohler, Karl Seidel und Heinz A. F. Schulze angehörten, hatte in Folge der erwähnten Konferenz eine Konzeption zur inhaltlichen Orientierung, Gestaltung und Redaktion der Zeitschrift erarbeitet. Das führte zu Beginn des Jahres 1972 zur Gründung eines Redaktionskollegiums, dem Heinz A. F. Schulze als Chefredakteur vorstand und dem neben Karl Leonhard auch die Vorsitzenden der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, Helmut Rennert, und der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR, Christa Kohler, angehörten.[66] Der Koordinierungsrat der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR war bestrebt, die Verzahnung zwischen der Fachgesellschaft und der Fachzeit-

schrift auch Marie Teitge/Ekkehardt Kumbier, Medizinisches Publizieren als Politikum – Zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie in der SBZ/DDR, in: die hochschule. journal für wissenschaft und bildung 24 (2015), S. 89–100.

65 Vgl. Teitge/Kumbier, Zur Geschichte der DDR-Fachzeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie (1949–1990). In dieser Diskussion muss prinzipiell zwischen einer fachlichen und einer (öffentlichen) gesellschaftlichen Ebene unterschieden werden, auf denen über bestimmte Themen diskutiert oder eben nicht diskutiert werden konnte. An eben dieser Schnittstelle kam auch der Fachgesellschaft für Neurologie und Psychiatrie der DDR eine wichtige Rolle zu, da deren Vorstandsmitglieder politische Vorgaben zwar berücksichtigen mussten, dabei aber gleichzeitig versuchten, den ideologischen Einfluss auf den wissenschaftlichen und fachlichen Austausch möglichst zu begrenzen.

66 Vgl. Karl Leonhard/Heinz A. F. Schulze/Helmut Rennert/Christa Kohler, An unsere Autoren, Abonnenten und Leser, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 24 (1972), ohne Seitenzahl.

schrift auszubauen. So heißt es in seiner Empfehlung aus dem Jahr 1972: Es erscheine notwendig, „daß die Rechte und Pflichten der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften bei der Herausgabe von Zeitschriften, die den Charakter einer nationalen Publikation tragen, eindeutig festgelegt und in Form eines Vertrages zwischen dem Vorstand der Gesellschaft und der Leitung des zuständigen medizinischen Verlages vereinbart werden. Auf der Grundlage dieser vertraglichen Festlegung sollten zugleich die Arbeitsbeziehungen zwischen dem Vorstand der zuständigen Gesellschaft und den mit der Zeitschrift beauftragten Wissenschaftlern geregelt werden.“[67]

Der neue Chefredakteur Schulze schien den Vorstellungen des Koordinierungsrates in mehrfacher Hinsicht zu entsprechen. Er war seit 1971 Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und leitete ab 1974 auch die DDR-Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie.[68] Als Chefredakteur der Zeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie* erfüllte Schulze alle Voraussetzungen, wie sie in der Rahmenordnung für die Arbeit der Redaktionskollegien vom 21.12.1976 gefordert worden waren: „Anforderungen an ein hohes fachliches und ideologisches Niveau“ und eine „straffe Leitung durch die Chefredakteure sowie eine kontinuierliche Beratung und Unterstützung durch die medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften“.[69] Schulze hatte 1960 die Leitung und den Neuaufbau der Abteilung für klinische Neuroanatomie und Gehirnpathologie an der Berliner Charité übernommen.[70] 1964 trat er der SED bei. Darüber hinaus gehörte er der APO (Abteilungsparteiorganisation der SED)-Leitung der Nervenklinik der Charité an. Von 1968 bis 1969 besuchte er die Universitätsparteischule und ab 1973 einen Zweijahres-Lehrgang zur marxistisch-leninistischen Weiterbildung für Hochschullehrer.[71] Im Jahr 1978 übernahm er das Direktorat der Nervenklinik der Charité[72] und wurde 1979 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft für Neuropathologie gewählt.[73] Damit wurde Schulze auch für das Ministerium für Staatssicherheit interessant. Neben seiner leitenden Tätigkeit an der Charité spielte bei der Anwerbung zur Mitarbeit als IM gleichzeitig seine Funktion als Vorsitzender der DDR-Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie eine wichtige Rolle, die ihm als Reisekader vielfältige Kontakte in das sogenannte sozialistische wie nichtsozialistische Ausland ermöglichten.[74] In der Begründung,

67 Vgl. Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, S. 299.
68 Vgl. Anonymous, Mitteilungen der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 27 (1975), S. 500–501 und R. Dietze, Sitzungsbericht 1971 der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 25 (1973), S. 124–128.
69 Vgl. Theodor Matthes/Horst Spaar/Lothar Rohland, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR: Geschichte – Funktion – Aufgaben, Berlin 1981, S. 274.
70 Vgl. Klaus-Jürgen Neumärker, Verehrter Jubilar!, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 34 (1982), S. 65–67.
71 Vgl. BStU, MfS, AIM, Nr. 8249 / 87, Teil I.
72 Vgl. Redaktion, Personalia, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 30 (1978), S. 690.
73 Vgl. Redaktion, Mitteilungen der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 31 (1979), S. 319.
74 Vgl. BStU, MfS, AIM, Nr. 8249 / 87, Teil I, Bl. 5.

ihn per Handschlag als IM verpflichten zu wollen, wurde wiederholt und ausdrücklich auf seinen Vorsitz in der Fachgesellschaft und seine weitreichenden nationalen und internationalen Verbindungen hingewiesen.[75] Schulze arbeitete von 1978 bis zu seiner Emeritierung 1987 als IMS „Schumann" mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen. Das belegen regelmäßige und detaillierte Berichte sowie die von ihm mit „Schumann" unterschriebenen Quittungen für finanzielle Zuwendungen.[76]

Ein weiteres Beispiel dafür, in welch schwierigem Problemfeld die Fachgesellschaften agieren mussten und dabei in Konflikt mit politischen Vorgaben gerieten, wird auch an der Frage um die Einheit von Psychiatrie und Neurologie deutlich. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war es vor allem in der BRD zur eigenständigen universitären Etablierung und Institutionalisierung der Neurologie gekommen. In der DDR hingegen entstanden an den Universitäten und medizinischen Hochschulen nur vereinzelt separate psychiatrische, neurologische oder auch kinderpsychiatrische Lehrstühle. Eine Befürchtung war, dass durch die Loslösung von der Neurologie der Psychiatrie die naturwissenschaftliche Basis entzogen werden könnte. In diesem Sinne hatte sich beispielsweise Jochen Quandt (Bernburg) 1969 in einem Vortrag auf dem Kongress der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR geäußert. Seiner Meinung nach verliere die Psychiatrie den „somatischen Raum" und könne leicht in „hypothetische und metaphysische Spekulationen" verfallen.[77] Auch der erwähnte Schulze sprach sich auf einem Kongress der Gesellschaft 1971 gegen die vollständige Trennung von Psychiatrie und Neurologie aus.[78] Dennoch hatte es schon 1957 seitens des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen der DDR politisch motivierte Bestrebungen gegeben, das Fachgebiet zu trennen und den Lehrstuhl für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Rostock nach sowjetischem Vorbild in drei eigenständige, nämlich für Psychiatrie, Neurologie und Kinderpsychiatrie aufzuteilen.[79] Neben den

75 Ebd., Bl. 9–10 und Bl. 78.

76 Vgl. ebd.; Schulze selbst verneinte, als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit tätig gewesen zu sein, da er keine Verpflichtungserklärung unterschrieben habe. So sei er als Reisekader lediglich seiner Verpflichtung nachgekommen, den offiziellen Stellen zu berichten, vgl. Marie Teitge, Die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie" aus der Sicht ihres Chefredakteurs (1972–90), Interview, Berlin 2010. Zur Zusammenarbeit Schulzes mit dem MfS vgl. auch Süß, Politisch mißbraucht?, insbesondere S. 616–617. Die Historikerin Francesca Weil fand in ihrer Untersuchung, dass die überwiegende Mehrheit der ermittelten Ärzte, die als IM mit dem MfS zusammenarbeiteten, mündlich, per Handschlag oder schriftlich verpflichtet wurden. Vgl. Francesca Weil, Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Göttingen 2008, hier S. 89.

77 Jochen Quandt, Gedanken zur Entwicklung und Perspektive der Neuropsychiatrie in der DDR, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 23 (1971), S. 441–448, hier S. 445.

78 Heinz A. F. Schulze, Differenzierung und Integration der Neurologie – Beziehungen Neurologie/Psychiatrie und Problematik angrenzender Bereiche, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 24 (1972), S. 677.

79 Vgl. Ekkehardt Kumbier, Die Aufteilung des psychiatrischen Lehrstuhls 1958. Notwendige Fächerdifferenzierung oder politisches Kalkül?, in: Emil C. Reisinger/Kathleen Haack (Hrsg.) Die Medizinische Fakultät der Universität Rostock – 600 Jahre im Dienst der Menschen, Köln/Wien/Weimar, S. 357–368.

damaligen Lehrstuhlinhabern für Psychiatrie und Neurologie in der DDR war auch der Vorstand der gerade gegründeten Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR unter Vorsitz von Karl Leonhard entschieden für die Einheit des Fachgebietes eingetreten. So berichtete Johannes Suckow als Sekretär der Gesellschaft an den Hauptabteilungsleiter Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen, Alexander Mette, dass in der Vorstandsitzung vom 5. Februar 1958 in Dresden „Stellung genommen wurde auch zur Frage einer evtl. Trennung von Psychiatrie und Neurologie. Dabei haben sich die Vorstandsmitglieder alle gegen eine solche Trennung ausgesprochen."[80] Selbst Dietfried Müller-Hegemann, ebenfalls Mitglied im Vorstand, sah durch die Aufteilung des Fachgebiets die Patientenversorgung gefährdet und befürchtete eine weitere Verschärfung der damals schwierigen personellen Situation. Er hielt die weitergehende Spezialisierung erst für möglich, wenn mehr Psychiater und Neurologen zur Verfügung stünden. Doch trotz der Stellungnahme des Vorstandes der Gesellschaft wurden auf Drängen des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen an der Rostocker Universität 1958 jeweils Ordinariate für Psychiatrie, Neurologie und Kinderpsychiatrie eingerichtet. Dieses Beispiel zeigt, wie begrenzt letztlich die Möglichkeiten der Fachgesellschaft waren, die staatlichen Vorgaben und in diesem Fall die zentralistische Hochschulpolitik der DDR zu beeinflussen, und wie ideologisch motivierte Überlegungen immer wieder die an der Realität ausgerichteten Gründe beherrschten.[81]

Die Weiterentwicklung und das Ende der Fachgesellschaft

Der Erkenntnisgewinn und die Fortschritte in den einzelnen Fachgebieten der Psychiatrie und Neurologie, aber auch in der Kinderneuropsychiatrie und der medizinischen Psychologie führten innerhalb der Fachgesellschaft zu einer zunehmenden Differenzierung.[82] Anlässlich einer Tagung der Ge-

80 BArch DQ1-2661, unpag.

81 Vgl. Kumbier, Die Aufteilung.

82 Obwohl die Tendenz zur Verselbständigung der Neurologie in der BRD generell stärker war als in der DDR, scheint es, als ob der in der DDR weit verbreitete Begriff der „Differenzierung" im Zusammenhang mit der Psychiatrie und Neurologie einen recht großen Gestaltungsraum eröffnet hat, der eine Etablierung der Neurologie zuließ, ohne dass es zur formalen Eigenständigkeit gekommen ist, vgl. Heinz-Peter Schmiedebach, Die Herausbildung der Neurologie in Greifswald – Anmerkungen zur Fächerdifferenzierung in der Medizin, in: Wolfgang Fischer/Heinz-Peter Schmiedebach (Hrsg.), Die Greifswalder Universitäts-Nervenklinik unter dem Direktorat von Hanns Schwarz 1946 bis 1965, Symposium zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Hanns Schwarz am 3.7.1998, Greifswald 1999, S. 98–114. Die Folge dieser Differenzierung zeigte sich auch darin, dass die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR zugleich Mitglied in verschiedenen internationalen medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften wie der Weltvereinigung für Psychiatrie (World Psychiatric Association), der Weltförderation für Neurologie (World Federation of Neurology) und der Internationalen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und verwandte Berufe (International Association for Child Psychiatry and Allied Professions) sowie mit der Sektion Kinderneuropsychiatrie auch in der Union Europäischer Pädopsychiater wurde, vgl. hierzu Rohland/Spaar, Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, S. 316–321.

sellschaft für Psychiatrie und Neurologie am 31. Oktober 1980 in Berlin wurden dementsprechend strukturelle Veränderungen vorgenommen. Die Fachgesellschaft wurde in vier Sektionen, nämlich Psychiatrie, Neurologie, Kinderneuropsychiatrie und medizinische Psychologie untergliedert. Zu deren Vorsitzenden[83] wurden Harro Wendt aus Uchtspringe (Sektion Psychiatrie), Peter Feudell aus Leipzig (Sektion Neurologie), Gerhard Göllnitz aus Rostock (Sektion Kinderneuropsychiatrie) und Hans Szewczyk aus Berlin (Sektion medizinische Psychologie) gewählt, die zugleich stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Fachgesellschaft wurden. Die bisher bestehenden Sektionen und Arbeitsgemeinschaften wurden beibehalten, sofern sie nicht mittlerweile durch eigenständige Gesellschaften vertreten waren. Die genannten vier Sektionen blieben integraler Bestandteil der Fachgesellschaft, denn die Einheit des Fachgebiets und der Fachgesellschaft sollte bestehen bleiben. Mit der Sektionsbildung war die Absicht verbunden, die wissenschaftlichen Aktivitäten in die Teilgebiete zu verlagern und die Kooperationsmöglichkeiten „mit den Partnergesellschaften der sozialistischen Länder“ zu verbessern.[84] Die genannten Vorsitzenden der Sektionen stellten in ihren Grundsatzreferaten zu Beginn der genannten Tagung die Entwicklung und den aktuellen Stand ihrer Fachgebiete dar und erörterten Fragen der weiteren Entwicklung. So referierte Szewczyk zum Thema „Medizinische Psychologie – traditionsbeladenes Gebiet oder Ausdruck einer neuen Entwicklungsrichtung in der Medizin?“.[85] Er sah die Medizinische Psychologie aufgrund ihrer Tradition innerhalb einer Neuropsychiatrie am besten aufgehoben und fand sie als eigenständige Sektion auch in wissenschaftlich-gesellschaftlicher Hinsicht in der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie optimal vertreten. Peter Feudell, Direktor der neurologischen Klinik der Karl-Marx-Universität in Leipzig, der die Sektion Neurologie repräsentierte, gab einen Überblick über den Stand der Neurologie in der DDR.[86] Er wies auf die eigenständige Entwicklung seines Fachgebiets hin und sah die Gründung der eigenen Sektion als folgerichtigen Schritt an. Andererseits stand er der Verselbständigung neurologischer Subdisziplinen

83 Am 20. Februar 1981 fand die konstituierende Sitzung des Vorstands der Sektion Psychiatrie in Leipzig und am 3. März 1981 des Vorstands der Sektion Neurologie in Berlin statt. Neben den genannten Vorsitzenden wurden als stellvertretende Vorsitzende Ehrig Lange aus Dresden (Psychiatrie) und Günter Rabending aus Greifswald (Neurologie) benannt, vgl. [Anonym], Mitteilung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 33 (1981), S. 306.

84 [Anonym], Tagungsbericht der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 33 (1981), S. 352–357. Vgl. auch Generalsekretariat der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften beim Ministerium für Gesundheitswesen der DDR (Hrsg.), Verzeichnis der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, hier S. 34. Im Jahre 1981 gehörten der Fachgesellschaft 1192 Mitglieder an.

85 Hans Szewczyk, Medizinische Psychologie - traditionsbeladenes Gebiet oder Ausdruck einer neuen Entwicklungsrichtung in der Medizin? in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 33 (1981), S. 589–596. Zur Entwicklung der medizinischen und klinischen Psychologie in der DDR und insbesondere innerhalb des Fachgebiets der Psychiatrie vgl. auch den Beitrag von Lara Rzesnitzek in diesem Buch.

86 Peter Feudell, Stand und Entwicklung der Neurologie, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 33 (1981), S. 600–605.

skeptisch gegenüber. Er betonte, dass die Zusammenarbeit mit der Psychiatrie trotz der Eigenständigkeit einer Sektion Neurologie in Zukunft weiterhin in der gemeinsamen Fachgesellschaft liegen würde. Für die Sektion Psychiatrie sprach der Direktor der Bezirksnervenklinik Uchtspringe, Harro Wendt, über aktuelle Fragen und Perspektiven der Psychiatrie.[87] Der Vorsitzende der Sektion Kinderneuropsychiatrie, Gerhard Göllnitz, hatte sich schon zuvor konsequent für die eigenständige Entwicklung seines Fachgebiets eingesetzt, die er nun auch in seinem Referat über den Stand und die Entwicklung der Kinderneuropsychiatrie unterstrich.[88]

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die fach- und berufspolitischen Interessen der Psychotherapeuten in der DDR in eigenen Fachgesellschaften, der Gesellschaft für Ärztliche Psychotherapie der DDR (1989 in Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Medizinische Psychologie der DDR umbenannt) und der Sektion Klinische Psychologie in der Gesellschaft für Psychologie der DDR, vertreten wurden.[89] In diesen Gesellschaften wirkten von Beginn an neben Ärzten vor allem Psychologen an der Entwicklung der Psychotherapie innerhalb der Psychiatrie mit. Auf Initiative der Gesellschaft für Ärztliche Psychotherapie war eine Arbeitsgruppe Psychotherapie in der Psychiatrie mit dem Ziel gegründet worden, diese Entwicklung zu fördern, die ab 1985 auch Empfehlungen für Weiterbildungsprogramme erarbeitete.[90] Hierfür hatten sicherlich auch die *Brandenburger Thesen zur Therapeutischen Gemeinschaft* (1974/76) eine wichtige Rolle gespielt. In dem Bemühen das Prinzip der „Therapeutischen Gemeinschaft" als Therapieme-

87 Harro Wendt, Aktuelle und perspektivische Fragen der Psychiatrie, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 33 (1981), S. 597–600.

88 Gerhard Göllnitz, Stand und Entwicklung der Kinderneuropsychiatrie, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 33 (1981), S. 606–609. Der Rostocker Kinderneuropsychiater Gerhard Göllnitz hatte für die Entwicklung der Kinderneuropsychiatrie in der DDR bereits eine wichtige Rolle gespielt. Die Sektion Kinderneuropsychiatrie war schon 1962 gegründet worden und führte später die Bezeichnung Sektion Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters, 1971 wurde sie ordentliches Mitglied der Union Europäischer Pädopsychiater (UEP). Göllnitz war sowohl Vorsitzender der Sektion als auch Vizepräsident der UEP. Er bewirkte 1974 eine gesetzliche Subspezialisierung für Kinderneuropsychiatrie, die nach der deutschen Wiedervereinigung dem Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie gleichgestellt wurde. Vgl. Ekkehardt Kumbier/Frank Häßler, 50 Jahre universitäre Kinderneuropsychiatrie in Rostock, in: Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie 38 (2010), S. 155–160.

89 Die Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR wurde am 10. Juni 1960 in Leipzig gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Müller-Hegemann (Leipzig) gewählt, dem Vorstand gehörten weiterhin Hellmuth Kleinsorge und Gerhard Klumbies (Jena), Harro Wendt (Uchtspringe), Hans Marchand (Ballenstedt), Karl Leonhard, Alexander Mette, Kurt Höck und Hans Szewczyk (Berlin) an, vgl. BArch DQ1-3373 Teil 1, Bl. 56. Zuvor hatte ein sogenanntes Initiativkomitee die Gründung vorbereitet, dem Kleinsorge, Mette, Müller-Hegemann, Höck und Marchand angehört hatten, vgl. DQ1-3372 Teil 2, Bl. 60 und Bl. 443–445. Vgl. auch Werner König, Von der Gründung der Gesellschaft für Ärztliche Psychotherapie 1960 bis zur 5. Jahrestagung von Bad Elster 1969, in: Michael Geyer (Hrsg.), Psychotherapie in Ostdeutschland. Geschichte und Geschichten 1945–1995, Göttingen 2011, S. 151–161, und Inge Frohburg, Vergessene Daten – Zur Entwicklung der Psychotherapie in der DDR, Psychotherapeutenjournal 3 (2004), S. 231–234.

90 Vgl. Gisela Ehle, Psychotherapie in der Psychiatrie, in: Michael Geyer (Hrsg.), Psychotherapie in Ostdeutschland, S. 586–591, hier S. 590.

thode in den psychiatrischen Einrichtungen zu verwirklichen, war die Entwicklung der Psychotherapie in der Psychiatrie vorangetrieben worden.[91]

Die Gründung der Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in der DDR (DGPN Ost)

Nach der politischen Wende wurde am 9. Juni 1990 auf einer Vollversammlung der Mitglieder der Sektion Psychiatrie der Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie in Berlin die Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in der DDR (DGPN Ost) gegründet.[92] Der Sektion Psychiatrie gehörten zu diesem Zeitpunkt ca. 400 Mitglieder an.[93] Der Vorstand der DGPN Ost konstituierte sich wenig später mit Otto Bach (Vorsitzender), Klaus-Dieter Waldmann und Bärbel Schliack (Stellvertretern), Joachim Morgner (Sekretär) und Georg Bonitz (Schatzmeister) sowie Werner Felber und Klaus Ernst in Dresden. Zuvor war bereits im Februar 1990 in Leipzig ein Sprecherrat[94] gewählt worden, der zur Gründung dieser Gesellschaft aufgerufen und dabei die Regionalgesellschaften um aktive Beteiligung gebeten hatte. Eine letzte wahrscheinlich zu Beginn des Jahres 1990 erstellte Übersicht führte die folgenden Regionalgesellschaften bzw. Sektionen[95] der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR auf: Neben den Sektionen Psychiatrie, Psychologie, Neurologie und Kinderneuropsychiatrie existierten die Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, die Dresdener Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie, die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie Halle, die Thüringer Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, die Leipziger Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, die Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der Nordbezirke und die Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie Magdeburg. Die neu gegründete Gesellschaft DGPN (Ost) sollte die Wiedervereinigung mit der DGPN (West) zu einer gesamtdeutschen DGPN vorbereiten und den Beitritt der Mitglieder der DGPN (Ost) ermöglichen. Dementsprechend hatten bis Ende des Jahres 1990 wiederholt Gespräche zwischen den Vertretern der

91 Vgl. Ekkehardt Kumbier/Kathleen Haack, Psychiatrie in der DDR zwischen Aufbruch und Stagnation: Die Brandenburger Thesen zur „Therapeutischen Gemeinschaft“ (1974/76), in: Psychiatrische Praxis 44 (2017), S. 434–445.

92 [Anonym], Mitteilung der Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in der DDR, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 42 (1990), S. 575.

93 Vgl. auch zu den nachfolgenden Angaben den Vorlass von Prof. Dr. Klaus Ernst, Ordner „DGPN-Ost“, der den Zeitraum zwischen Februar 1990 und Dezember 1991 umfasst, unpag.

94 Dem auf der letzten Gesamttagung der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR am 9. Februar 1990 in Leipzig gewählten Sprecherrat für Psychiatrie gehörten Erdmuthe Fikentscher (Halle/S.), Heinz Benkenstein (Hildburghausen), Klaus Ernst (Rostock), Hugo von Keyserlingk (Schwerin) und Klaus-Dieter Waldmann (Plauen) an, vgl. ebd. Er sollte nach Auflösung der DDR-Gesellschaft die Gründung einer DGPN (Ost) vorbereiten, die Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in der DDR benannt werden sollte.

95 Die Sektion Neurologie ging in der Deutschen Gesellschaft für Neurologie auf, ebenso wurde die Sektion Kinder- und Jugendneuropsychiatrie Bestandteil der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie (heute: Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie).

beiden Vorstände der Fachgesellschaften in Ost und West stattgefunden, an denen von Seiten der DGPN West insbesondere der damalige Präsident, Johannes Meyer-Lindenberg, und der Vizepräsident, Eberhard Lungerhausen, aber auch Vertreter der niedergelassenen Nervenärzte, hier vor allem Hans-Adolf Paul vom damaligen Gesamtverband Deutscher Nervenärzte, teilnahmen. Nach dem Tod Meyer-Lindenbergs im Februar 1991 hatte u. a. Uwe Henrik Peters diese Aufgabe übernommen. Nach der Wiedervereinigung zu einer gesamtdeutschen DGPN wurde die DGPN (Ost) folglich wieder aufgelöst. In seiner letzten Sitzung am 3. Juli 1991 in Dresden hatte der Vorstand der DGPN (Ost) die Auflösung beschlossen und damit begründet, dass viele Mitglieder mittlerweile in die DGPN (West) eingetreten waren bzw. sich in den regionalen wissenschaftlichen Gesellschaften wiederfanden. Im Vorstand der gesamtdeutschen DGPN waren nunmehr als assoziierte Mitglieder auch Bärbel Schliack, Klaus Ernst und Otto Bach aus dem Vorstand der ehemaligen DGPN (Ost) vertreten, nachdem Ehrig Lange seine Mitarbeit aus persönlichen Gründen abgesagt hatte.

Damit endete zwar das Bestehen der 1956 gegründeten Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie der DDR, nicht aber das der Regionalgesellschaften, die zum Teil bis heute fortbestehen und für den lokalen Austausch wie auch das fachliche Selbstverständnis weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Deren Geschichte und auch Weiterentwicklung wurden aber bisher nur ansatzweise untersucht.